

Frankfurt / Hannover 19.05.2009

BUND Landesverband Hessen und BUND Region Hannover fordern energcity und Landeshauptstadt Hannover zum Ausstieg aus dem EON-Kohlekraftwerk Staudinger auf.

In Hanau /Großkrotzenburg plant die EON Kraftwerke GmbH den Bau des Blocks 6 des Kohlekraftwerks Staudinger. Der Block soll eine Leistung von 1100 Megawatt haben und jährlich mehr als 7 Mrd. kWh Strom erzeugen. An dem Kraftwerk mit Kosten von ca. 1,5 Mrd. Euro beteiligen sich die Stadtwerke Hannover (energcity) mit 25 Prozent. Mit der Beteiligung wird von Seiten der Kämmerei der Stadt Hannover erwartet, dass sich diese Investition mit einer Rendite von mehr als 10 Prozent rechnet.

Beim Erörterungstermin im Raumordnungsverfahren im März /April 2009 in Hainburg /Klein-Krotzenburg zeigten Sachverständige des BUND und mehrerer Kommunen auf, dass das Vorhaben unwirtschaftlich ist, da die künftig wachsende vorrangige Stromerzeugung durch Wind-, Solar- und Bioenergie die Einsatzzeit des Kraftwerksblocks deutlich einschränken wird.

Die zusätzlichen Schadstoffemissionen des Blocks 6 werden die Einhaltung der Umweltschutzpläne im Rhein-Main-Gebiet gefährden. Hinzu kommt, dass die örtliche Lärmbelastung durch wachsende Anlieferung der Kohle per Bahn deutlich steigen wird. Vor allem aber werden mit den immensen CO₂-Emissionen des Blocks 6 die Klimaschutzziele der Bundesregierung und der EU unterlaufen. Damit sind zudem hohe Schadenskosten durch den Beitrag zum globalen Klimawandel verbunden.

Michael Rothkegel, Geschäftsführer BUND Hessen, und Sibylle Maurer-Wohlatz, Sprecherin BUND Region Hannover, stellen fest: "Die Stadtwerke der Klima-Bündnisstadt Hannover verbinden durch ihre Beteiligung an Block 6 zweifelhafte Profite mit einer zusätzlichen Schadstoffbelastung im Rhein-Main-Gebiet und arbeiten gegen den Klimaschutz. Wir fordern Stadtwerke und Stadt Hannover auf, ihre Beteiligung an dem Projekt zu kündigen und stattdessen Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien durchzuführen."

Hintergrund:

1. Unwirtschaftlichkeit: Kohlekraftwerke sind im Vergleich zu Gaskraftwerken aufgrund relativ hoher Investitionskosten nur dann wirtschaftlich zu betreiben, wenn dies in der Grundlast (mehr als 7000 Stunden im Jahr bezogen auf Vollauslastung) erfolgt. Dies hat EON Kraftwerke immer wieder betont. Doch schon heute müssen Kohlekraftwerke mehr und mehr heruntergefahren werden, wenn viel Strom aus Windenergie oder Solaranlagen produziert wird. Dieser Strom wird nach dem Erneuerbare Energien Gesetz vorrangig eingespeist. Der Anteil von Strom aus Wind,

Sonne und Biomasse wird weiter deutlich ansteigen. Schon bald werden Windkraftwerke die Hälfte der gesamten maximalen Spitzenlast in Deutschland erreichen. Großkraftwerke müssen sich dem anpassen. Wie eine Studie des arrhenius-Instituts (Dr. Großcurth) schon für das Kohlekraftwerk Hamburg Moorburg im Auftrag des BUND gezeigt und dies nun für das Kraftwerk Block 6 Staudinger erneut bekräftigt hat, werden den Kohlekraftwerken mit zunehmender Stromeinspeisung aus erneuerbaren Energien die sog. Deckungsbeiträge wegfallen; sprich bei geringen und unregelmäßigeren Laufzeiten werden den Kohlekraftwerken die Erlöse wegbrechen und das Kraftwerk rechnet sich nicht mehr.

2. Steigerung der Luftverschmutzung im Rhein-Main-Gebiet: EON behauptet, dass mit der Abschaltung von zwei alten Kraftwerken die Schadstoffemissionen sich in der Summe nicht erhöhen werden. Dabei bezieht sich EON auf die Jahre 1996 bis 2000. Allerdings gegenüber den Emissionen der letzten zwei bis drei Jahre werden die Schadstoffemissionen - insbesondere bei giftigen Schwermetallen - deutlich zunehmen. Dabei sollen allein durch den Block 6 über 3500 Tonnen Stickoxide, über 1200 Schwefeldioxid, über 200 Tonnen Feinstaub und 700 kg hochgiftiges Quecksilber in die Atmosphäre abgegeben werden.

Entgegen der Behauptung von EON, das Kraftwerk würde zu einer Entlastung der Umwelt führen, haben der BUND und einwendende Kommunen (Hanau, Hainburg, Alzenau) gezeigt, dass der Bau des Kraftwerks zu einer höheren Belastung der Atemluft im Rhein-Main-Gebiet führt. Auch die Städte Frankfurt am Main und Offenbach am Main haben in ihren Stellungnahmen auf die Zusatzbelastung durch Block 6 bei zukünftig geringen lokalen Schadstoffgrenzwerten hingewiesen.

Michael Rothkegel: "Dies bedeutet, dass damit die Stadtwerke Hannover energcity und indirekt die Stadt Hannover aufgrund der politischen Entscheidung sich am Staudinger Block zu beteiligen zur Verschärfung der Schadstoffbelastung im Rhein-Main-Gebiet beitragen. Dies steht in besonderem Widerspruch zu der Tatsache, dass die Stadt Hannover gerade einen Prozess zur Umsetzung der Umweltzone in Hannover gewonnen hat. Sich zuhause für saubere Luft einsetzen ist gut, anderen Kommunen, die das Gleiche wollen, höhere Schadstoffbelastungen zuzumuten, ist umweltpolitisch nicht korrekt."

3. Klimaschutz: Der Betrieb des Blocks 6 soll zur Freisetzung von fünf bis sechs Millionen Tonnen Kohlendioxid führen. Diese immense Steigerung der CO₂-Emissionen wird in Kauf genommen angesichts der allerorten gefassten Beschlüsse zur Senkung der CO₂-Emissionen wie die von der Weltgemeinschaft in Kopenhagen geplanten Reduktionsziele und der weltweit sprunghaft steigenden Klimaschäden.

Rechnet man die anteiligen Emissionen von ca. 1,5 Mio. Tonnen CO₂ im Jahr der Stadt Hannover zu, würde diese ihr CO₂-Minderungsziel von 50 Prozent als Mitgliedsstadt im Klima-Bündnis verfehlen, statt dessen stiegen die CO₂-Emissionen der Stadt Hannover um ca. 25 Prozent. Die CO₂-Emissionen des Block 6 führen zudem zu weltweiten Klimaschadenskosten von jährlich mehr als 400 Mio. Euro. Hannover müsste ehrlicherweise jährlich 100 Mio. Euro in einen internationalen Hilfsfonds zahlen. Doch weder EON noch die Landeshauptstadt Hannover stehen bislang zu ihrer Verantwortung.

Der BUND Region Hannover schlägt alternativ ein Maßnahmenpaket vor, dass eine Strategieänderung in der Energiepolitik voraussetzt, um das Energieprob-

lem in der Landeshauptstadt dauerhaft klimafreundlich zu lösen. Gerade mit den aktuellen Konjunkturpaketen wäre es möglich, Sonnenstromanlagen durch Massenproduktion preiswerter und endlich konkurrenzfähig zu machen: In Hannover gibt es noch jede Menge Dächer, die mit Solarstrom- und Solarwärmanlagen ausgestattet werden könnten. Dies zeigt die Photovoltaik-Anlage auf dem BUND Umwelthaus deutlich, auf einem Hinterhaus konnten 25 kWp installiert werden.

Wenn der eingespeiste Strom aus regenerativen Energien aufgrund der natürlichen Schwankungen dieser Energiequellen (Sonne, Strom) nicht ausreicht, um eine stabile Grundlast abzusichern, müssen neue Kraftwerktypen so gestaltet werden, dass sie flexibel auf Netzschwankungen reagieren können. Beispielsweise muss dann auf eine Energie-Zwischenspeicherung gesetzt werden, um eine mögliche Lücke in der Energieversorgung abzudecken.

Sibylle Maurer-Wohlitz: "Auch moderne Gaskraftwerke können eine Zwischenlösung darstellen, da sie deutlich geringere Schadstoffemissionen aufweisen. Die Förderung dezentraler Energieversorgung durch Blockheizkraftwerke kommt unter dem Einflussbereich von enercity zu kurz, da sich damit kaum Geld verdienen lässt. Der Bau der Müllverbrennungsanlage in Lahe OHNE Nutzung der Abwärme bis heute, ist verantwortungslos. Es gilt, endlich ein Konzept mit Abwärmenutzung umzusetzen."

Rückfragen

BUND Region Hannover: Sibylle Maurer-Wohlitz, Tel: 0176 - 63 299 383
bund.hannover@bund.net oder

BUND Landesverband Hessen Michael Rothkegel, Geschäftsführer,
Tel.: 069 - 677 37 612 und 0175 – 22 98 549